

Vetter, Heinz Oskar

**Article — Digitized Version**

## Was will der DGB? Ein Gespräch mit Heinz Oskar Vetter über Mitbestimmung und Vermögensbildung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Vetter, Heinz Oskar (1972) : Was will der DGB? Ein Gespräch mit Heinz Oskar Vetter über Mitbestimmung und Vermögensbildung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 11, pp. 571-576

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134465>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Was will der DGB?

Ein Gespräch mit Heinz Oskar Vetter über Mitbestimmung und Vermögensbildung.

*Herr Vetter, auf dem Bundeskongreß in Berlin hat der DGB jenen Kräften eine Absage erteilt, die die Aufgaben der Gewerkschaften auf die sogenannten klassischen Gewerkschaftsaufgaben beschränken wollen. Heißt dies, daß sich die Gewerkschaften in Zukunft für alle staatlichen und gesellschaftspolitischen Bereiche zuständig fühlen oder fühlen wollen?*

Solange Gewerkschaften existieren, haben sie sich niemals als reine Lohn- und Tarifmaschinen empfunden. Schon zur Zeit der Arbeiterbildungsvereine wurde deutlich, daß das ganze Dasein der Arbeitnehmer erfaßt und durchdacht werden muß und nur auf dieser Grundlage die speziellen Aufgaben erkannt und angepackt werden können. Damit will ich zum Ausdruck bringen, daß man den Arbeitnehmer nicht in einen Lohnempfänger, einen Sozialversicherungsfall, einen Arbeitsrechtsfall oder in verschiedene Berufsinteressen aufspalten kann, sondern daß er als eine ganzheitlich und geschlossene Persönlichkeit zu sehen ist. So sehen ihn jedenfalls die Gewerkschaften und fühlen sich daher verpflichtet, die Interessen der Ar-

beitnehmer nicht nur im Bereich der Arbeitswelt, sondern auch auf dem gesamten Gebiet der Lebensbedingungen zu vertreten.

Trotzdem ist unser Anspruch keineswegs so total wie uns immer wieder vorgeworfen wird. Es gibt bekanntlich andere gesellschaftliche Organisationen, wie die Parteien und die Kirchen, die gleichfalls den Menschen ganzheitlich sehen. Damit stehen wir in einer gewissen Idealkonkurrenz, die sich besonders in den Räumen auswirkt, in denen die Verantwortung der anderen gesellschaftlichen Organisationen und ihre Politik bei der Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen nicht mehr so profiliert in Erscheinung tritt. So will heute keine Partei mehr als reine Arbeiterpartei angesprochen werden. Auch die SPD befindet sich in einem Transformationsprozeß, den sie selber bejaht und der sie auf dem Weg zur Volkspartei zeigt. Dadurch entstehen gewisse weiße Flecken in der Verantwortung für die Arbeitnehmer, um die wir uns als Gewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmerschaft kümmern müssen.

*Was meinen Sie mit den „weißen Flecken“?*

Es gibt viele Bereiche, deren sich die Gewerkschaften als erste angenommen haben und in denen sich erst später die politischen Kräfte engagiert haben, um dann ihre Politik bzw. die Gesetzgebung entsprechend zu vervollkommen. Ich denke

*Heinz Oskar Vetter, 53, ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der ehemalige 2. Vorsitzende der IG Bergbau und Energie begann seine Karriere 1952 als Gewerkschaftssekretär. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß wurde er mit überzeugender Mehrheit in seinem Amte bestätigt. Neben seiner Tätigkeit als DGB-Vorsitzender ist er Mitglied zahlreicher Institutionen, u. a. des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EWG und des Aufsichtsrates der Einheitsgesellschaft des Ruhrkohlebergbaus.*

beispielsweise an den Fall der Mitbestimmung. Es hat gewisse Zeit gedauert, bis sich die Parteien dieses Themas angenommen haben, und sie haben das auch in sehr unterschiedlicher Weise getan. Manchmal erleben wir aber auch die umgekehrte Entwicklung. So haben sich die Kirchen heute verschiedener Randgruppen unserer Gesellschaft, die auch unter die Arbeitnehmerschaft fallen, besonders angenommen. Das betrifft den Bereich der Resozialisierung, die besonderen Belange der Obdachlosen, der Alten usw. Hier gibt es Aufgaben, die auch von den Gewerkschaften sehr wohl durchdacht und mitgelöst werden müssen. Ich würde sagen, alle gesellschaftlichen Gruppen sollten aufeinander achtgeben, daß in der Betreuung der Menschen durch ihre Organisationen keine weißen Flecken entstehen oder bestehen bleiben.

#### **Gesellschaftspolitik verlangt Friedenspolitik**

*Daß sich die Gewerkschaften um diese Bereiche, die Sie beispielhaft erwähnten, kümmern, scheint uns nicht so sehr umstritten zu sein. Der eigentliche Vorwurf an Sie geht doch dahin, daß Sie sich in außen- und innenpolitischen Streitfragen, die nicht ureigenste Gewerkschaftsbereiche darstellen, engagieren – und das einseitig.*

Ich will mich nicht darauf beschränken, einfach festzustellen, daß wir schon nach der uns durch den Willen der Mitglieder gegebenen Satzung verpflichtet sind, uns um solche Probleme zu kümmern. Ich möchte schon etwas tiefer ansetzen. Niemandem ist es klarer als dem politisch bewußten Arbeitnehmer, daß unsere nationale und über-nationale Existenz von den Beziehungen zwischen den Völkern abhängt. Deshalb engagierte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund – längst vor den ostpolitischen Bestrebungen

der jeweiligen Bundesregierung – für die Forderung nach sicherem Frieden, nach Entspannung und nach Umwandlung der militärischen in politische Grenzen. Wir müssen uns doch klar darüber sein, daß wir erst auf der Basis eines gesicherten Friedens überhaupt in der Lage sind, eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik für die Menschen innerhalb der Nation und darüber hinaus zu verwirklichen. Gerade aus diesem Grunde haben wir uns als deutsche Gewerkschaften besonders verpflichtet gefühlt, die Entspannung zu fördern. Wir sind glücklich, daß uns die Außenpolitik der Bundesregierung in steigendem Maße gefolgt ist und daß ein Bundeskanzler wie Willy Brandt und ein Außenminister wie Walter Scheel es fertiggebracht haben, die jetzige Vertragslage als Basis für eine noch bessere Entwicklung zu schaffen.

Es ist geradezu tragisch, wie man in der heutigen Zeit versucht, die Außenpolitik draußen vor der Tür zu belassen. Und deshalb meine ich, sollte gerade hier das Engagement der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit klar zutage treten, damit deutlich bleibt, daß Außenpolitik, d. h. Friedenspolitik, die Grundlage jeder echten zukunftsweisenden Politik auch im Innern ist. Wenn man das begreift, dann wird man verstehen, warum die Gewerkschaften auch in diesem Bereich tätig werden, nicht als Ersatz für den Staat, sondern hoffentlich immer im Gleichklang mit dem Staat oder der Regierung.

#### **Mitbestimmung ist eine gesellschaftliche Verhaltensweise**

*In den letzten 20 Jahren, vor allem bis Ende der 50er Jahre, Anfang der 60er Jahre, war die gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausgerichtet auf wirtschaftliches Wachstum, entsprechende Einkommenssteigerungen und Anhebung des*

*Lebensstandards. Dabei ist sehr vieles ins Hintertreffen geraten. Das ist auch den Gewerkschaften bewußt geworden, und deshalb haben sie sich seither ja auch stärker in andere Bereiche wie Gesundheitswesen, Bildungswesen usw. eingeschaltet. In dieser Hinsicht stehen wir heute nun vor folgendem Hauptproblem: Wir haben jetzt so viele Aufgaben zu bewältigen, daß das schwierigste Problem nicht darin besteht, das ganze Bukett der noch unerledigten Aufgaben aufzuzeigen, sondern Prioritäten zu setzen.*

Schon, aber der Prioritätensetzung geht erst einmal eine Analyse des Notwendigen voraus. Daß wir nicht alles auf einmal machen können, ist für mich eine Binsenweisheit, obwohl ein großer Teil von Reformen mehr eine Willensanstrengung als eine finanzielle Anstrengung bedeutet. Mitbestimmung kostet z. B. überhaupt nichts. . .

*. . . Die Mitbestimmung an den Universitäten kostet nach Ansicht vieler bereits Milliarden, ohne daß es zu einer Effizienzverbesserung für die Gesellschaft gekommen ist. Sehen Sie nicht eine gleiche Gefahr bei einer Einführung der qualifizierten Mitbestimmung in großen Unternehmen?*

Mitbestimmung ist doch nicht nur eine Organisationsform des Unternehmens, eine mögliche Unternehmensverfassung. Mitbestimmung ist mehr. Sie wird langsam zu einer gesellschaftlichen Verhaltensweise, und deshalb sind wir auch stolz darauf, daß wir den Begriff eingeführt haben. Was Mitbestimmung alles beinhaltet, könnte man schnell umreißen. Aber bleiben wir einmal bei dem effektivsten Teil, der Unternehmensverfassung, so wie sie im Kohle- und Stahlbereich 1950/51 eingeführt wurde. Diese beiden großen Zweige standen zuerst unter dem Sequester der Alliierten, wurden – ob sinnvoll oder sinn-

los – entflochten, mit Produktionsauflagen und bestimmten Abgaben versehen und hatten dann mit Strukturproblemen zu kämpfen, die sich besonders im Steinkohlenbergbau zeigten. Wir wagen heute schlechthin die Aussage: Hätten wir in dieser Strukturkrise des Steinkohlenbergbaus, in der die Beschäftigung innerhalb von zehn Jahren um die Hälfte zurückging, nicht die Mitbestimmung gehabt, dann hätte es im Ruhrgebiet bestimmt ganz anders ausgesehen. Ich brauche nur an die schlimme Entwicklung in früheren Jahrzehnten zu erinnern. Das gleiche gilt für weite Bereiche der Stahlindustrie. Ich brauche die Unternehmer nur fragen: Nennen Sie mir einen Fall, in dem Sie als Unternehmer wegen der Mitbestimmung eine unternehmerisch notwendige Entscheidung nicht haben treffen können! Dann kann mir keiner einen nennen, niemand, nicht Herr Sohl und auch nicht Herr Friedrich.

#### **Die Arbeitnehmer sind engagierter geworden**

*Glauben Sie nicht, daß zwischen der Mitbestimmung in den letzten 20 Jahren und der Mitbestimmung in Zukunft aufgrund bestimmter Mentalitätsänderungen erhebliche Unterschiede bestehen werden? Besteht nicht die Gefahr, daß heute viele – besonders die jüngeren – Arbeitnehmer, wenn sie unter linksradikale Einflüsse geraten, die Mitbestimmung nicht im Sinne der vergangenen Erfahrungen ausüben werden?*

Natürlich haben wir, und das ist positiv zu bewerten, die jüngere, heranwachsende Arbeitnehmerschaft in zweierlei Hinsicht anders zu sehen als die ältere Arbeitnehmerschaft, die nach 1945 mit dem Wiederaufbau beschäftigt war. Die Jüngeren gehen vom heutigen Status aus. Sie brauchen und sollen auch nicht mehr zurückblicken, es sei denn um der geschicht-

lichen Zusammenhänge und ihres politischen Urteils willen. Und zum zweiten: Wir haben sie zu einem großen Teil selbstbewußter und engagierter gemacht, d. h., daß – wie man so schön sagt – an der Basis eine politisch stärker engagierte Arbeitnehmerschaft zu finden ist. Dies wird aber von der repräsentativen Demokratie, die bei uns auf der einen Seite relativ perfekt funktioniert, noch nicht genügend berücksichtigt. Nach meiner Ansicht ist es die Crux der jetzigen Demokratie, daß eine wissendere und freiere Arbeitnehmerschaft, die wir ja selbst durch Bildung und Schulung herangezogen haben, jetzt nur delegieren kann und nicht auch selbst stärker in den permanenten Prozeß der Willensbildung mit eingeschaltet wird. Deshalb meine ich, daß man ein Gelenk zwischen der Parlamentarischen Demokratie und dem Mitwirkungswillen finden muß, den wir jetzt an der Basis antreffen.

Dieser Aufgabe müssen sich nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle politischen Parteien stellen. In dieser Frage zu einer vernünftigen Synthese zu kommen, scheint mir überhaupt die Aufgabe der jetzigen Zeit zu sein.

#### **Mitbestimmung kostet nichts**

*Ist dieser Prozeß wirklich schon so weit fortgeschritten, daß man die Mitbestimmung – wie Sie es getan haben – an erster Stelle eines Prioritätenkatalogs stellen sollte?*

Ich habe das nie so gefordert. Für mich gibt es ein Dreieck, in dem sich eine zukünftige Gesellschaft bewegt: Mitbestimmung, Beteiligung am Produktivkapital und eine Arbeitnehmerschaft, die durch Bildung fähig ist, mit diesen Instrumenten zu arbeiten. Insofern gibt es keine Prioritäten zwischen diesen drei Punkten. Ich bin mir aber auch darüber im klaren, daß politische Situationen in der zeitlichen

Entwicklung eintreten, unter denen die eine oder andere Sache besser vorankommen kann.

Wenn ich so sehr auf der Mitbestimmung bestehe, dann deshalb, weil sich die Frage stellt, ob eine Forderung, die die Gewerkschaften über lange Jahre hinweg als eine wesentliche gesellschaftspolitische Forderung angesehen und dennoch noch nicht durchgesetzt haben, wirklich ein geeignetes Mittel darstellt, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Deshalb muß hier bald Klarschiff gemacht werden. Entweder ist die Mitbestimmung eine wesentliche Forderung, dann muß sie durchgesetzt werden, oder aber sie ist nicht so wichtig, dann muß man sich überlegen, inwieweit sie überhaupt noch wichtig ist. Da ich der Überzeugung bin, daß sie wichtig ist, hänge ich so an ihr.

Ich hatte vorhin gesagt – und das ist der andere Aspekt –, Mitbestimmung kostet uns nichts. Der Wirtschaft braucht sie überhaupt nichts zu kosten. Wenn man den ganzen sogenannten sozialen Klimbim, den man so nebenbei gewährt und sehr nett aufgemacht der Arbeitnehmerschaft zukommen läßt, wegfällen ließe und für die Einrichtung einer echten Mitbestimmung und für Investitionen in eine Ausbildung für diese Mitbestimmung verwenden würde, dann wird die Mitbestimmung meiner Meinung nach der Industrie keinen Pfennig mehr kosten.

Die befürchtete Verlängerung der Entscheidungswege, die vielleicht anfangs nach der Einführung der Mitbestimmung eintreten kann, wird ganz sicher nach kurzer Zeit durch eine stärkere Reibungslosigkeit im Verkehr innerhalb eines Unternehmens mehr als ausgeglichen werden. Und ich habe schon häufiger gesagt, wenn die Arbeitnehmerschaft begreift, daß sich hier etwas vollzieht, was sie zutiefst angeht und in immer stärkerem

Maße befähigt, an den politischen Entscheidungen teilzuhaben und darüber hinaus auch die Intensität des persönlichen Lebens zu steigern, dann wird sie ganz sicher bereit sein, in eine entsprechende Bildung zu investieren.

### **Forderung von Wirtschafts- und Sozialräten**

*Besteht bei einer aktiven Mitbestimmung nicht die Gefahr, daß sich die Unternehmer bzw. die Vertreter des Kapitals mit den Arbeitnehmern allzu sehr und allzu schnell einigen, wenn sie sehen, daß sie zusätzliche Belastungen z. B. über die Preise auf die Verbraucher abwälzen können?*

Vielleicht, aber dies ist dann eine Frage der Wirtschaftsordnung, d. h. wir müssen unsere Wirtschaftsordnung so vervollkommen, daß sie entweder die Unternehmen in den Wettbewerb zwingt oder — wenn das nicht mehr möglich ist — ein öffentliches Eingreifen ermöglicht. Wir haben bis jetzt nur über Unternehmensmitbestimmung gesprochen, aber u. a. aus diesen Gründen wollen wir ja auch die überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung bzw., exakt formuliert, Wirtschafts- und Sozialräte auf der Ebene der Regionen, der Länder und des Bundes. Zusätzlich sollte ein Instrumentarium zur Verfügung gestellt und auch gehandhabt werden, das entsprechende Wettbewerbssituationen so oder so herbeiführt, damit der normale Egoismus, der möglicherweise auch in einem mitbestimmten Unternehmen eine bestimmte Marktlage ausnutzen möchte, gezügelt wird.

*Dann wird es aber doch bald zu einer Konfrontation zwischen den Vertretern der überbetrieblichen Mitbestimmung und denen der innerbetrieblichen Mitbestimmung kommen, weil die einen das öffentliche Interesse und die anderen die Interessen*

*der Unternehmungen oder der Branche vertreten?*

Ich würde sagen, daß sich eine allgemein gültige Vernunft in all diesen Dingen einfach aus bestimmten Interessenvertretungen heraus entwickeln muß. Es wäre doch ganz unnatürlich, das Eigeninteresse eines Unternehmens zu leugnen. Andererseits muß aber auch in der Wirtschaft das Prinzip der öffentlichen Verantwortung zur Geltung gebracht werden.

### **Mitbestimmung heißt Mitverantwortung**

*Sie vertreten den Standpunkt, daß die Wirtschaftsbürger im großen und ganzen reif sind, um Mitverantwortung und Mitbestimmung zu übernehmen. Unserer Meinung nach wird von den Gewerkschaften das erstere nicht genügend betont, nämlich daß Mitbestimmung auch Mitverantwortung heißt.*

Oh doch. Gerade in den Auseinandersetzungen mit den anderen Gewerkschaften in Europa, die uns immer vorwerfen, daß Mitbestimmung Integration in das bestehende System bedeute, weisen wir auf diesen Zusammenhang hin. Wir versuchen ihnen klar zu machen, daß sie unter dem Stichwort Integration äußerlich die Verantwortung scheuen, andererseits aber durch ihre Konstruktion und Einbettung in das gesellschaftliche Gefüge in Frankreich, in Holland oder in Belgien viel stärker integriert sind. Was soll ich einem Gewerkschaftsvorsitzenden oder Gewerkschaftspräsidenten, der gleichzeitig Stellvertreter der Staatsbankpräsident in seinem Lande ist, sagen, der mir vorhält, wir wären in das bestehende System integriert? Ich frage mich, wer da wohl stärker in das System integriert ist. Mitbestimmen heißt Mitverantworten, da beißt keine Maus einen Faden ab. Das wird doch auch durch das tätige Verhalten unserer Leute in den Aufsichtsräten ganz deutlich.

Aberdings wissen wir gerade durch die Erfahrungen mit der Mitbestimmung in der Steinkohle, daß wir noch so verantwortungsvoll handeln können — wenn die gesamte Wirtschaftspolitik nicht in der Lage ist, z. B. das Strukturproblem Steinkohlenbergbau im Rahmen einer umfassenden Energiepolitik zu lösen, dann nützt auch punktuelle Mitbestimmung im Unternehmen nichts. Ja, sie wird sogar diskriminiert, weil sie sich damit verbraucht, Symptome wegzukurieren, ohne daß die Ursachen überhaupt angepackt werden können. Deshalb eben auch die Forderung nach der weitergehenden, der überbetrieblichen oder gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung.

*Diese Wirtschafts- und Sozialräte, die Sie anstreben, können doch nur beratenden Charakter haben. Falls sie mitbestimmen sollten, dann müßten sie auch gleichzeitig politische Verantwortung tragen, womit die Parteien aus ihrer politischen Verantwortung entlassen würden. Wenn Sie das — laut eigenen Aussagen — nicht wollen, wo liegt dann der Unterschied zu der jetzt auch gegebenen beratenden Einflußnahme der Gewerkschaften?*

### **Der Interessendualismus muß deutlich werden**

Der Unterschied wird sofort dort deutlich, wo sich die Dinge am schärfsten im Raum stoßen — bei den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern. Hier wird doch allein von den Unternehmern einseitig ein öffentlich-rechtliches Instrument in Form einer Zwangsorganisation in Händen gehalten, das einen unglaublichen Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche und kommunale Entwicklung nimmt. Selbst wenn man alles Beiwerk einmal wegläßt, dann bleibt doch letztlich die Frage: Wer tritt als Sachverständiger vor den Gerichten auf,

vor den Kommunen, vor den parlamentarischen Gremien, vor den Gemeindeparlamenten und den Regionalbereichen, dem Ruhr-Siedlungsverband usw.? Wer tritt mit der für alle verbindlichen Aussage des Fachmannes auf? Es sind die Vertreter der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern.

Hier fängt unsere gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung an. Da es sich bei diesen Fragen um öffentlich-rechtliche Bereiche handelt, sollte der Interessendualismus zwischen der Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft auch deutlich werden und zum Tragen kommen, so daß die politischen Entscheidungsgremien aufgrund von Minderheits- und Mehrheitsmeinungen ihre politische Entscheidung treffen können. Etwas anderes kommt noch hinzu: Diese Kammern haben eine große Initiativkraft. Ob rechtlich zulässig oder nicht, von ihnen geht eine sehr starke ursprüngliche Wirkung auf die wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklungen in ihren Bereichen aus.

Dasselbe ist auf Länderebene zu finden. Wir spüren doch, wie schwer es ist, wenn wir als Gewerkschaften mit unserem kleinen Apparat in den Landesbezirken bei den Länderparlamenten in strukturellen Fragen auf Initiativen drängen oder Stellungnahmen abgeben wollen.

#### **Wirtschaftsräte für gleichberechtigten Meinungsaustausch**

*Sie sind also der Meinung, daß den Arbeitgeberverbänden in dieser Hinsicht bislang bessere Möglichkeiten zur Verfügung stehen als dem DGB?*

Finanziell auf jeden Fall. Zunächst einmal sind die Arbeitgeberverbände besser betucht. Allein das Deutsche Industrieinstitut hat ein halbes Hundert Millionen mehr an Mitteln zur

Verfügung als unser Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut. Diese größere wirtschaftliche Kraft schlägt sich in den wissenschaftlichen Kapazitäten und in der Öffentlichkeitsarbeit nieder. Hinzu kommt, daß die Kammern Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters sind, die von Zwangsbeiträgen der Wirtschaft getragen werden, sich aber völlig in der Hand der Arbeitgeber befinden. Wir haben keine Möglichkeit, einen Zwangsbeitrag von der Wirtschaft zu erheben. Wenn die Wirtschaft für uns genauso viel Geld aufbringen würde wie für die Arbeitgeberverbände, zumindest was die Errichtung und Erhaltung von Instituten und ähnlichen Einrichtungen betrifft, dann wären wir schon ein gutes Stück weiter.

Aber das ist nicht der eigentliche Punkt. Wir wollen einfach eine Plattform des gleichberechtigten Austausches schaffen, eine Plattform, die sich in aller Öffentlichkeit zu ihrer Aussage zwingt, eine Plattform, die das allgemeine Lobbyistentum überflüssig macht, weil sie zweifellos die Interessen einzelner Industrien und Zweige auf sich zieht...

*... so daß der Tätigkeitsbereich der Lobbyisten von den Vorhalten des Bundeshauses auf eine Plattform verlegt wird, auf der die verschiedenen Interessen erst einmal aufeinandertreffen und abgeklärt werden, bevor Empfehlungen an das Parlament gegeben werden?*

Ich würde schon glauben, daß die Industrie und die einzelnen Zweige, die in diesen Räten repräsentiert sein werden, dann eine Plattform haben, um ihre Interessenlage zu artikulieren und in eine allgemeine Diskussion einzubringen, und es dann zumindest nicht mehr notwendig haben, die dunklen Kanäle von heute zu benutzen. Was bislang unter der Decke vor sich

geht, vollzieht sich dann in der Öffentlichkeit und bekommt damit einen ganz anderen Charakter.

#### **Bisherige Vermögensbildung ist Augenwischerei**

*Als dritten Punkt Ihres Dreiecks erwähnten Sie die Beteiligung am Produktivvermögen. Wir haben den Eindruck, daß die Gewerkschaften der individuellen Vermögensbildung, wenn auch nicht abgeschworen, so doch nur einen unteren Platz in ihrer Prioritätenskala eingeräumt haben und zunehmend einer gesellschaftlichen, kollektiven Vermögensbildung den Vorrang geben. Welches sind die Gründe dafür?*

Ich glaube, die Gewerkschaften haben von eh und je die Existenz des Individuums als eine gesellschaftliche Existenz begriffen. Aus dieser Grundposition ergeben sich natürlich auch die entsprechenden Kräfte und Richtungen bei der Bewältigung allgemeiner Lebens- und Wirtschaftsprobleme. Das hat mit einem übersteigerten Kollektivismus gar nichts zu tun. Wenn man erst einmal begriffen hat, daß das Individuum nur in der Gesellschaft leben kann, dann hat der Kollektivismus an und für sich seine Gefahren verloren. Derjenige, der das begreift, scheut sich auch nicht, in diesen Kategorien zu denken.

Was das Eigentum und persönliche Vermögen betrifft, sind wir der Meinung, daß wir unverändert danach streben sollten, dem einzelnen einen Privateigentumsrahmen zu geben, durch den er ein Optimum an eigenem Leben — und dazu gehört auch die Qualität des Lebens — erreichen kann. Denn der Begriff „Qualität des Lebens“ beinhaltet ja nicht nur eine kollektive Seite, sondern auch eine sehr individuelle. Das ist das eine. Das kann aber nicht nur über den Lohn erreicht wer-

den. Denn die bisherigen Steuerbegünstigungen und Vermögensbildungsgesetze werden sich nach unserer Auffassung früher oder später einmal als generelle Augenwischerei erweisen. Die dort entstandenen persönlichen Vorteile sind entweder als Kosten in die Preise – wenn der Markt es zuläßt – eingegangen oder soweit es sich um Steuervorteile handelt, in deren Genuß der einzelne kommt, müssen sie von den Steuerzahlern insgesamt wieder aufgebracht werden. Somit ist also die Vermögensbildung, wie sie sich heute auf tariflichen und betrieblichen Wegen sowie über Steuervorteile vollzieht, eine Sache, an der wir alle tragen, die aber dem einzelnen nur punktuell und unterschiedlich zugute kommt. Wir meinen deshalb, es wäre richtiger, wenn wir alle Arbeitnehmer – eine gewisse Abgrenzung wird über die Einkommenshöhe erfolgen müs-

sen – am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligen.

#### Gewerkschaften und Syndikalismus sind Gegensätze

*Der Präsident der BDA, Herr O. A. Friedrich, befürchtet, daß wir bei einer Verwirklichung Ihrer mitbestimmungs- und vermögenspolitischen Vorstellungen auf ein syndikalistisches System zusteuern. Was halten Sie von diesem Vorwurf?*

Den Gewerkschaften Syndikalismus vorzuwerfen, ist sehr bequem. Das tut ab und zu sogar Herr Wehner. Die Gewerkschaften aber, wie sie sich nach 1945 konzipiert haben, und Syndikalismus sind einfach diametrale Gegensätze. Gewerkschaften sind ein so unerläßlicher Teil dieser Gesellschaft und dieser Form der Demokratie, daß jede Herauslösung aus dem demokratischen Gefüge eine Pervertierung des gewerkschaftlichen

Gedankenganges bedeuten würde. In seinem Grundsatzprogramm hat der DGB erklärt, daß die Gewerkschaften ein entscheidender Integrationsfaktor der Demokratie und eine unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sind. Sie verteidigen in der Demokratie ihre eigene Lebensgrundlage. Ich glaube, daß die Repräsentanten der Gewerkschaften in der heutigen Zeit ganz genau begreifen, wie weit sie gehen können, ohne daß unser demokratisches Prinzip zerstört wird. Ihre Auffassung ist im Prinzip die, daß die Gewerkschaften – soweit ihnen diese Aufgabe zukommt – die Gesellschaft in der Entwicklung so offenhalten sollen, daß auch die nächste Generation selbständig für sich entscheiden kann, wie es weitergehen soll. Es gibt also keine Endzeitlösung.

#### VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

### MONETÄRE INTEGRATION IN DER EWG

Dokumentation und Bibliographie

von Dieter Gehrmann und Sabine Harmsen

Die vorliegende Dokumentation gibt einen hervorragenden Überblick über Dokumente, Pläne und Vorschläge zur Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Damit wird eine empfindliche Lücke in der Literatur zur monetären Integration in Europa geschlossen. Die Verfasser haben eine Dreiteilung in EWG-Dokumente, nationale und private Pläne und weitere Vorschläge vorgenommen, wobei der Schwerpunkt auf den Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften zur währungspolitischen Integration seit 1962 liegt. Ergänzt wird die Dokumentensammlung durch eine umfangreiche Bibliographie zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Großoktav, 290 Seiten, 1972, brosch. DM 42,60

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG